

Inhalt

- 1-4 **Im Blickpunkt**
 - Gespräch mit der Bundeskanzlerin
 - Statement von Helmut Dedy zu Digitalpakt und Grundgesetzänderungen
 - Deutsche Städte stärken Zusammenarbeit mit Israel
 - Auskunftspflicht für Wohnungs-Sharing-Portale ist dringend nötig
- 6-11 **Forum**
 - Die Digitalisierung der Städte – Herausforderung und Chance Von Helmut Dedy
 - Bürgersprechstunden per WhatsApp? Warum nicht! – Schnell und einfach zu handhaben Von Margret Mergen
 - Das Digitale Kunst- und Kulturarchiv Düsseldorf – d:kult Von Gisela Schulte-Dornberg
- 12-13 **Aus den Städten**
- 14 **Fachinformationen**
- 14 **Personalien**
- 16 **Termine**

Kommunale Spitzenverbände im Gespräch mit der Bundeskanzlerin

Die kommunalen Spitzenverbände haben sich am 27. Februar in einem Gespräch mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Bundesinnenminister Horst Seehofer und Kanzleramtsminister Prof. Dr. Helge Braun über Themen ausgetauscht, die für die Städte, Landkreise und Gemeinden aktuell von besonderer Bedeutung sind.

Nach dem Treffen erklärten die Präsidenten des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Oberbürgermeister Markus Lewe (Münster), Landrat Reinhard Sager (Kreis Ostholstein) und Erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl (Abensberg): „Wir hatten ein gutes Gespräch mit der Bundeskanzlerin und den beiden Ministern. Und wir haben natürlich die Gelegenheit genutzt, wichtige Anliegen der Kommunen darzustellen und unsere Positionen deutlich zu machen. Die Bandbreite der Themen reichte von gleichwertigen Lebensverhältnissen und Breitbandausbau über Ganztagsbetreuung für Schulkinder bis hin zur Finanzierung der mit dem Flüchtlingszuzug verbundenen Kosten.“

Gleichwertige Lebensverhältnisse

Die kommunalen Spitzenverbände arbeiten intensiv in der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission Gleichwertige Lebensverhältnisse mit. Sie haben in dem Spitzengespräch erläutert, was sie vor allem erhoffen: „Durch die Kommission ist die Erwartung geweckt worden, dass die Politik stärker auf Chancengerechtigkeit zwischen wirtschaftsstarken und strukturschwachen Kommunen achten muss. Wir appellieren deshalb an die Bundesregierung, substantielle Verbesserungen auf den Weg zu bringen, die für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort und ihre Kommunen spürbar werden. In weiten Bereichen haben wir kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem“, sagten die Präsidenten Lewe, Sager und Brandl.

(Fortsetzung auf Seite 2)

„Die vielfältigen Debatten und Anliegen in den sechs Arbeitsgruppen der Kommission müssen am Ende klug zusammengeführt werden. Und die Bundesregierung wird auch zusätzliche Steuermittel bereitstellen müssen, damit geweckte Erwartungen erfüllt werden können. Die Probleme und Möglichkeiten der Kommunen sind häufig sehr unterschiedlich, zum Beispiel weichen Zukunftschancen junger Menschen in einzelnen Gebieten stark voneinander ab. Daher unterscheiden sich die Herausforderungen, vor denen die jeweiligen Städte, Landkreise und Gemeinden stehen“, erklärten die Präsidenten.

Ein Baustein für gleichwertige Lebensverhältnisse ist schnelles Internet: „Eine gute Breitband- und Mobilfunkversorgung ist heute das A und O. Die Menschen und Betriebe sind überall in unserem Land auf moderne

und leistungsstarke Telekommunikationsnetze angewiesen. Deshalb müssen Lücken in der Versorgung geschlossen, der Ausbau auf Gigabitniveau vorangetrieben und ein schneller und flächendeckender Ausbau beim Mobilfunk auf 5G gewährleistet werden“, so Lewe, Sager und Brandl.

Ganztagsbetreuung für Schulkinder

Mit Blick auf die Pläne der Koalition für einen Ausbau der Ganztagsbetreuung für Schulkinder stellten die Präsidenten von Städtetag, Landkreistag und Städte- und Gemeindebund gemeinsam fest: „Wir unterstützen ausdrücklich mehr Angebote für ganztägige Bildung, Erziehung und Betreuung von Grundschulkindern. Für uns ist das vor allem eine Aufgabe der Schulen und damit Ländersache. Daher sollte die Bundesregierung



Gespräch der Kanzlerin mit den kommunalen Spitzenverbänden im Februar 2019 (v.l.n.r.): Erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl (Präsident Deutscher Städte- und Gemeindebund), Bundesinnenminister Horst Seehofer, Oberbürgermeister Markus Lewe (Präsident Deutscher Städtetag), Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Helmut Dedy (Hauptgeschäftsführer Deutscher Städtetag), Dr. Gerd Landsberg (Deutscher Städte- und Gemeindebund), Staatsminister Hendrik Hoppenstedt, Landrat Reinhard Sager (Präsident Deutscher Landkreistag), Prof. Dr. Hans-Günter Henneke (Deutscher Landkreistag).

Foto: © Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Jochen Eckel

den im Koalitionsvertrag vereinbarten Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in die Zuständigkeit der Länder legen und nicht in einem Bundesgesetz regeln.“

Flüchtlingsfinanzierung über 2019 hinaus fortsetzen

Beim Gespräch mit der Kanzlerin und den Ministern machten die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände deutlich, dass der Bund sein Engagement bei der Flüchtlingsfinanzierung fortsetzen muss: „Die Finanzierung der Flüchtlingskosten ist derzeit bis

Ende 2019 geregelt. Die Kommunen brauchen aber Planungssicherheit darüber hinaus. Die Städte, Landkreise und Gemeinden leisten nach wie vor Großes für die Integration und Versorgung von Asylbewerbern, anerkannten Flüchtlingen sowie abgelehnten, aber geduldeten Flüchtlingen. Deshalb muss sich der Bund weiter zu seiner Verantwortung für diese Aufgabe bekennen und sich an den Kosten der Länder und Kommunen maßgeblich beteiligen. Die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern sind offenbar nicht einfach. Wir erwarten von beiden Seiten, die Anliegen der Kommunen dabei zu berücksichtigen.“

Statement von Helmut Dedy zu Digitalpakt und Grundgesetzänderungen

Die Städte sind froh und erleichtert, dass auch der Bundesrat dem Digitalpakt zugestimmt hat. Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy, sagte:

„Der Digitalpakt ist endlich auf den Weg gebracht. Darauf haben wir lange gewartet. Nun dauert es hoffentlich nicht mehr lange, bis die Städte die notwendige Unterstützung für die Digitalisierung der Schulen bekommen. Der Digitalpakt ist wichtig, damit digitale Bildungsangebote, Internetanschlüsse, Smartboards

und digitale Endgeräte an unseren Schulen selbstverständlich werden. Nach der Grundgesetzänderung können Bund, Länder und Kommunen nun besser gemeinsam die gewaltige Aufgabe der Digitalisierung von Schulen bewältigen. Gleiches gilt für die Anstrengungen im Bereich des sozialen Wohnungsbaus, wo sich der Bund ab 2020 nun weiterhin beteiligen kann, und für die Gemeindeverkehrsfinanzierung, für die der Bund eine Milliarde Euro geben will. Dafür sind die heute beschlossenen Grundgesetzänderungen Voraussetzung.“

Bildung, Mobilität, Digitalisierung: Deutsche Städte stärken Zusammenarbeit mit Israel

Eine 20-köpfige Delegation aus deutschen Städten hat Ende Februar unter der Leitung des Präsidenten des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster, auf Einladung des israelischen Städtetages an dessen Hauptversammlung teilgenommen. Städtetagspräsident Lewe und der Präsident der Federation of Local Authorities in Israel, Haim Bibas, vereinbarten in Tel Aviv eine engere Zusammenarbeit deutscher und israelischer Städte in den Themenfeldern Bildung, Mobilität und Digitalisierung. In einer Rede bei der parallel tagenden internationalen „MUNI World Conference on Smart Cities and Urban Security“ sagte Lewe: „Die Möglichkeiten der Digitalisierung werden das Mobilitätsverhalten der Menschen radikal verändern. Eine große Herausforderung ist es, die verschiedenen Verkehrsmittel besser miteinander zu verbinden. Neue Verkehrsmittel und Nutzungskonzepte wie Carsharing und E-Mobilität müssen zukünftig in den laufenden Verkehr integriert werden. Die Finanzierung smarterer Mobilität muss nachhaltig gestärkt und der Öffentliche Personennahverkehr weiterentwickelt werden. Förderprogramme, staatliche und private Finanzierungsmodelle müssen dafür weltweit geschaffen werden.“

ty“ sagte Lewe: „Die Möglichkeiten der Digitalisierung werden das Mobilitätsverhalten der Menschen radikal verändern. Eine große Herausforderung ist es, die verschiedenen Verkehrsmittel besser miteinander zu verbinden. Neue Verkehrsmittel und Nutzungskonzepte wie Carsharing und E-Mobilität müssen zukünftig in den laufenden Verkehr integriert werden. Die Finanzierung smarterer Mobilität muss nachhaltig gestärkt und der Öffentliche Personennahverkehr weiterentwickelt werden. Förderprogramme, staatliche und private Finanzierungsmodelle müssen dafür weltweit geschaffen werden.“

Auskunftspflicht für Wohnungs-Sharing-Portale ist dringend nötig

Zum Thema Wohnungs-Sharing-Portale und ihren Folgen führte Thoralf Cleven (RedaktionsNetzwerk Deutschland RND) Ende Februar ein Interview mit Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages:

Thoralf Cleven: Kletternde Mieten durch immer mehr illegale Touristenunterkünfte und über Belästigungen klagende Nachbarn sind ein heiß debattiertes Thema in deutschen Großstädten. Wie ernst ist das Problem?

Helmut Dedy: Wir nehmen es sehr ernst. Es gibt zwar keine flächendeckende Betroffenheit. Aber Städte wie Berlin oder München, große Universitätsstädte und Städte mit hoher touristischer Attraktivität müssen sich immer stärker damit auseinandersetzen. Die Städte haben nichts gegen die Plattformen. Im Gegenteil, das Teilen von Wohnungen, wenn jemand für begrenzte Zeit nicht da ist, ist ein kluger Gedanke. Aber die Vermittlungsportale scheuen das Licht und legen nicht offen, wer und wie oft Wohnungen anbietet. Das gefällt uns nicht.

Thoralf Cleven: Die Pariser Bürgermeisterin droht dem Zimmervermittlungsportal Airbnb mit einer hohen Millionenstrafe. Wären solche Androhungen hierzulande realistisch durchzusetzen?

Helmut Dedy: Wir wissen das noch nicht genau. Die erstinstanzliche Entscheidung des Münchner Verwaltungsgerichts, dass es eine Auskunftspflicht von Airbnb gibt, obwohl das Unternehmen in Irland sitzt, ist wegweisend. Wir müssen jetzt abwarten, ob sie Bestand hat. Ich bin zuversichtlich. Die Plattformen machen ein Geschäft, wenn sie gewerbliche Vermietungen anbieten. Dann müssen für Airbnb, Wimdu & Co. auch die Spielregeln gelten wie für alle.

Thoralf Cleven: Warum gibt es keine gemeinsame Strategie der Kommunen?

Helmut Dedy: Es gibt doch eine gemeinsame Strategie. Wir fordern schon lange eine Auskunftspflicht, um zu erkennen, wo ist es noch Wohnungs-Sharing und wo sind es schon gewerbliche Vermietungen. Dann erst kennen wir die Größenordnung des Problems und können regulieren. Airbnb betont immer, es sei ein weltweit operierendes Unternehmen, für das unsere nationalen Regeln nicht gelten. Das können wir nicht akzeptieren. Hier muss der Gesetzgeber tätig werden.

Thoralf Cleven: Welche Eingriffsmöglichkeiten hätte der Bund?

Helmut Dedy: Zunächst einmal müssen die Länder ihre Städte ermächtigen, Auskünfte einholen zu dürfen – wie sie jetzt die Stadt München verlangt. Das können sie nämlich im Moment nicht überall. Ohne Informationen sind wir völlig blank. Bei gewerblichen Vermietern in Wohngebieten stellen sich dann Fragen des Baurechts oder des Brandschutzes, wie sie beispielsweise für Hotels gelten. Und nicht zuletzt geht es auch um Steuern. Es kann nicht sein, dass hier einige unter dem Deckmantel des Sharings ein dickes Geschäft machen. Das ist illegal.

Thoralf Cleven: Wie hoch ist der durch illegale Ferienunterkünfte verursachte Anteil an der Wohnungsnot in Metropolen?

Helmut Dedy: Das kann ja niemand genau sagen. Der Anteil an der Wohnungsnot wird sich jedoch in Grenzen halten. Das Problem fehlenden Wohnraums werden wir nicht über die Auseinandersetzung mit den Plattformen lösen. Es mangelt vor allem an Bauflächen in den Städten und ausreichendem sozialen Wohnungsbau. Wir brauchen mehr bezahlbare Wohnungen.

Folgen Sie dem Deutschen Städtetag auf Twitter unter  [@staedtetag](https://twitter.com/staedtetag).



„Wir lernen jetzt für die digitale Zukunft. Und das soll Schule machen.“

Fördern, was NRW bewegt.

Manfred vom Sondern, Chief Digital Officer von Gelsenkirchen, macht seine Heimatstadt zur digitalen Vorzeigekommune. Dazu gehören modern ausgestattete Schulen und Klassenzimmer mit interaktiven Whiteboards. Möglich gemacht mit dem Programm NRW.BANK.Gute Schule 2020.

Die ganze Geschichte unter: nrwbank.de/gelsenkirchen




NRW.BANK
Wir fördern Ideen

Die Digitalisierung der Städte – Herausforderung und Chance

Von Helmut Dedy

Wirtschaft und Gesellschaft verändern sich durch die Digitalisierung grundlegend. Wir sind es gewohnt, mit dem Internet zu arbeiten, freuen uns über Sensoren zur digitalen Verkehrssteuerung oder über Assistenzsysteme im Auto, nutzen Online-Plattformen zur Reiseplanung oder zur Bestellung von Lebensmitteln. Aber reicht unsere Vorstellungskraft, um zu verstehen, wie Entscheidungen durch künstliche Intelligenz getroffen werden können oder wie das Geschäftsmodell von Unternehmen funktioniert, die an Schnittstellen von menschlichem Gehirn und Computern arbeiten?

Grundlegender Wandel – Digitalisierung als Chance

Die Städte haben begonnen, ihre Strukturen und Abläufe neu zu denken. Durch digitale Online-Angebote wird die Verwaltung besser erreichbar und auch die Verwaltungskultur entwickelt sich weiter – frei nach dem Motto: „Die Daten sollen laufen und nicht die Bürger“.

Städte werden mit digitaler Unterstützung viele Bereiche der Daseinsvorsorge noch leistungsfähiger, aber auch das Lebensumfeld der Bürgerinnen und Bürger noch attraktiver machen können. Darüber hinaus bietet sich die Chance neuer Angebote, wie etwa virtuelle Konzert- oder Museumsbesuche. Außerdem entstehen zunehmend Dienstleistungen, die bislang eher getrennte Aufgabenfelder neu zusammenbringen, beispielsweise die klassische Straßenbeleuchtung mit Parkplatzsensoren und intelligenter Parkraumbewirtschaftung. Immer mehr kommunale Unternehmen bieten so genannte integrierte Dienstleistungen bereits im Bereich Energie und Mobilität an.

Sensoren und Aktoren, mobile Netze und Geräte oder künstliche Intelligenz werden in vielen Aufgabenfeldern der Städte immer häufiger eingesetzt werden. Daraus ergibt sich in den Städten eine große Themenvielfalt im Bereich der Digitalisierung. Sie reicht schon heute vom Online-Portal für Verwaltungsleistungen über die digitale Stadtentwicklung zur Smart City und den Digitalpakt für Bildung bis hin zum Einsatz von Drohnen und Robotik im Brandschutz.

Wir können im nationalen Rahmen nicht mehr alles regulieren, was die Digitalisierung zum Teil auch an unerwünschten Veränderungen mit sich bringt. Cybermobbing und Hassbotschaften lassen sich zwar rechtlich sanktionieren, aber es obliegt den großen Betreibern von Plattformen wie YouTube, Facebook, Twitter oder Instagram, dieses schädliche Nutzerverhalten auf Basis ihrer Nutzungsbedingungen zu unterbinden. Auf der anderen Seite kann über genau diese Nutzungsbedingungen auch bestimmt werden, welche (politischen) Inhalte überhaupt kommuniziert werden. So kann sich die politische Kommunikation grundlegend verändern.

Städte agieren sehr unterschiedlich

Keine Stadt kann sich bei der Themenfülle in allen Bereichen gleich intensiv mit der Digitalisierung beschäftigen. Auch verfügen die Städte über sehr unterschiedliche Voraussetzungen und Ressourcen. Sind Stadtspitze und Rat digital-affin? Gibt es engagierte Unternehmen oder Hochschulen als Partner vor Ort? Schon hierergeben sich unterschiedliche Prioritäten und Herangehensweisen.

Die digitale Transformation muss vor Ort in den Städten praktisch gestaltet werden – vielleicht auch hin und wieder in Form eines Experiments. In der Stadtentwicklung spielt langfristige Planung eine wichtige Rolle und ist ein bewährtes Instrument. In der digitalen Entwicklung kommt gerade langfristige Planbarkeit an ihre Grenzen. Wer kann vorhersehen, wie wir in 5 bis 10 Jahren leben werden?

Entwicklungspfade sind offen

Ein Rückblick zeigt, wie unberechenbar die Entwicklung in ihrer Kombination aus technischer Entwicklung und Massenadaption ist. Nach einer Umfrage sind E-Mail, Smartphones und Online-Shopping derzeit die bedeutendsten Digitaltechniken der vergangenen 30 Jahre für die private Nutzung. Selbst zum Zeitpunkt der Erfindung war die überragende Bedeutung nicht erkennbar, die wir diesen Techniken heute zu-messen:

- Die E-Mail existiert technisch seit 1971. Die erste E-Mail wurde in Deutschland 1984 versendet. Im Jahr 1994 wurden 1 Milliarde E-Mails in Deutschland verschickt, 2018 waren es bereits 850 Milliarden E-Mails (jeweils ohne Spam).
- Erste Smartphones gab es 1994. Den Durchbruch erlebte die Technik aber erst 2007 mit dem ersten iPhone.
- Online-Shopping bot der Quelle-Versand 1983 zum ersten Mal über den Bildschirmtext der Deutschen Telekom an. Ab 1989 entstand das Internet in der heutigen Form, aber den Durchbruch erzielte Online-Shopping 1995 mit dem Entstehen von eBay und Amazon.

Die Städte müssen sich daher ihre Flexibilität erhalten. Sie stehen vor der Herausforderung, neue Formen der Zusammenarbeit und Kooperation in der Verwaltung und mit den kommunalen Unternehmen, innerhalb der Stadtgesellschaften und auch zwischen den Kommunen zu etablieren. Denn viele Digitalisierungsvorhaben bringen oft den größten Nutzen, wenn sie in der Stadt sektorenübergreifend betrachtet werden und alle Akteure der Stadtgesellschaft einbeziehen. Zudem können Aktivitäten im regionalen Verbund in Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen großes Potenzial entfalten.

Digitalisierungsprojekte entfalten erst dann ihren Nutzen, wenn die Bürgerinnen und Bürger den Sinn der Maßnahme verstehen und daher bereit sind, neue Wege zu gehen und alte Gewohnheiten zu überwinden. Daraus ergibt sich ein verstärkter Bedarf an Partizipation als Schlüsselfaktor für eine bedarfsgerechte und erfolgreiche Gestaltung der Digitalisierung.

Die Digitalisierung der Städte braucht als Voraussetzung das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in ihre Stadt. Eine zentrale Voraussetzung dafür ist eine hohe IT-Sicherheit. Es muss sichergestellt sein, dass staatlich erhobene Daten auch beim Staat bleiben. Es braucht zwingend eine wirksame Aufklärung der Stadtgesellschaft darüber, wie die Städte Daten erheben, was sie damit machen, welchen Nutzen das hat, welche politischen und rechtlichen Kontrollen es gibt und wie sensible Daten vor dem Zugriff Dritter geschützt werden.

Herausforderung für den Verband

Digitalisierung ist ein breiter und tiefgreifender Innovationsprozess, der in den Städten aktiv mitgestaltet werden muss. Getrieben wird der Prozess von der technischen Entwicklung und der Akzeptanz und Adaption der neuen Technik durch die Nutzer. Die Politik in Bund, Ländern und Kommunen steht in der Verantwortung, entscheidend mit dafür zu sorgen, dass wir beim Einsatz der Technik ihren Nutzen für die Menschen fördern und Risiken begrenzen. Politik muss angesichts der raschen Digitalisierung aller gesellschaftlichen Bereiche einen Rahmen setzen für die Weiterentwicklung der kommunalen Selbstverwaltung und die Verbesserung der Lebensqualität in den Städten.

In einem Innovationsprozess sind alle Beteiligten immer auch suchend und forschend unterwegs. Dies gilt auch für den Städtetag. Es ist unsere Aufgabe zu verstehen, welche Themen die Städte in der Digitalisierung gerade beschäftigen und welche Strukturen wir als Verband entwickeln oder ändern müssen. Wir wollen als Deutscher Städtetag nicht nur die Stimme der Städte sein, sondern auch der Ort, an dem sich die Auseinandersetzung der Städte zur Digitalisierung so nachhaltig bündelt, dass Erfahrungsaustausch und Kooperation auf bestmögliche Weise gefördert werden.

Wir haben im Deutschen Städtetag einen Arbeitskreis Digitalisierung eingesetzt und eine Stelle für einen Beauftragten für Digitalisierung geschaffen. Und auch alle Dezernate engagieren sich vielfältig und intensiv zu den Digitalisierungsthemen der von ihnen betreuten Themenfelder. Wir wollen als Verband hier unsere Arbeit bündeln und sichtbar machen.

Für all das sind wir auf Ihre Anregungen, Wünsche und Vorschläge Mitglieder angewiesen. Nicht nur einmal, sondern fortlaufend im Sinne einer konstruktiv-kritischen Begleitung. Denn die Digitalisierung wird unsere Gewohnheiten und Arbeitsweisen ebenso verändern wie das Leben in den Städten.

Helmut Dedy
Hauptgeschäftsführer Deutscher Städtetag

Bürgersprechstunden per WhatsApp? Warum nicht! – Schnell und einfach zu handhaben

Von Margret Mergen

Baden-Baden. Eines der klassischen und erfolgreichen Instrumente, um mit Bürgern Kontakt zu halten, sind die altbewährten Bürgersprechstunden des Oberbürgermeisters im Rathaus – seit Jahrzehnten. Doch die Zeiten ändern sich: Deshalb führte ich in Baden-Baden nach einer kurzen Testphase im März letzten Jahres Sprechstunden mit dem Messenger-Dienst WhatsApp ein. Inzwischen längst eine bewährte Möglichkeit für die Bürger, um mit mir und dem Rathaus mit ihren Anliegen Kontakt aufzunehmen.

Etwa alle zwei bis drei Wochen biete ich diese einstündigen WhatsApp-Sprechstunden an, meist gegen 16.30 Uhr. Im Vorfeld informiert die Stadtpressestelle die Bürger rechtzeitig über die lokalen Zeitungen und Medien. Natürlich nutzen wir auch unsere städtischen Kanäle, wie Internet, Soziale Medien und die Ortsmitteilungsblätter.

WhatsApp bietet viele Vorteile: Der Messenger-Dienst lässt sich kostenlos downloaden. Zahlreiche Menschen nutzen den einfach zu handhabenden WhatsApp-Dienst bereits seit längerer Zeit, sind also vertraut mit dem Umgang. Wer mit mir in Kontakt treten möchte, gibt die speziell für diese Sprechstunden eingerichtete Mobilfunknummer ein und kann nach wenigen Klicks Kontakt mit mir aufnehmen.

In der Sprechstunde antworte ich auf Text-, Bild- oder Sprachnachrichten, allerdings ausschließlich in Textform. Anrufe und Videoanrufe sind grundsätzlich nicht möglich. Darüber informieren wir im Vorfeld in unseren Pressetexten.

Die Nutzer schätzen diese Möglichkeit, weil sie sich einmal die Zeit sparen, die für einen persönlichen Termin im Rahmen einer Bürgersprechstunde in meinem



Margret Mergen, Oberbürgermeisterin der Stadt Baden-Baden: Bürgersprechstunden per WhatsApp.
Foto: Stadt Baden-Baden

Büro im Rathaus anfällt. Das Schreiben via WhatsApp ist schnell, direkt und unkompliziert und die Bürger können sich aktiv beteiligen. Teilweise werden erklärende und manchmal auch humorvoll-augenzwinkernde Emojis hinzugefügt.

Pro WhatsApp-Sprechstunde melden sich meist zwischen sechs und acht Bürger, Tendenz steigend. In der Zeit, in der keine Nachrichten eingehen, arbeite ich weiter. Die Nutzer kommen aus allen Bevölkerungsbereichen, also junge und ältere Menschen, Frauen und Männer. Ähnlich bunt sind die Anliegen, mit denen man sich bei mir meldet. Das Spektrum geht von konstruktiver Kritik über Verbesserungsvorschläge bis hin zu Verständnisfragen, weshalb beispielsweise diese oder jene Entscheidung gerade so oder so gehandhabt wurde.

Und – es gibt auch hin und wieder ein Lob, so über die gute Pflege unserer Parkanlagen, den Winterdienst oder die finanzielle Unterstützung für eine Rollstuhlfahrerin. Gerade für Menschen mit Handicap bietet WhatsApp eine ideale Alternative.

Erfreulicherweise verliefen bisher alle WhatsApp-Sprechstunden ausnahmslos fair und sachlich. Nicht ein Bürger hat sich bislang im Ton vergriffen, wurde unsachlich oder beschimpfte mich gar. Das ist erfreulich und bleibt hoffentlich auch in Zukunft so.

Dass dies so gut funktioniert hat Gründe. Für die WhatsApp-Sprechstunden haben wir Regeln aufgestellt, die von den Bürgern respektiert werden. In den Presstexten steht unter anderem der Satz: „Die Stadt Pressestelle wünscht sich einen fairen und respektvollen Umgangston und Toleranz, auch wenn man anderer Meinung ist.“ Zudem haben wir einen Link auf die Internetseite des Dienstes „WhatsApp – Rechtliche Hinweise“ geschaltet, in dem WhatsApp seine allgemeinen Geschäftsbedingungen ausführlich erklärt.

Wie läuft eine WhatsApp-Sprechstunde ab? Nach Eingang einer Nachricht auf meinem Tablet antworte ich möglichst innerhalb weniger Minuten. Meist lassen sich Anfragen mit wenigen Sätzen beantworten. Wird



Bürgersprechstunden im Rathaus Baden-Baden.
Foto: Stadt Baden-Baden

es komplexer oder, was natürlich auch vorkommen kann, ich die Antwort erst recherchieren muss, bekommen die Anfragenden die Nachricht, dass ich die Zeilen entgegen genommen habe und ihnen die Antwort aus bestimmten Gründen in einigen Tagen zugeht, sei es via WhatsApp oder via Mail samt erklärenden Anhängen. Beim Beantworten komplexer Fragen unterstützt mich der Bürgerreferent, der mich auch in der Bürgersprechstunde und bei den Terminen „OB vor Ort“ begleitet.

Fazit: Aus heutiger Sicht betrachtet, war die Entscheidung für WhatsApp richtig. Für beide Seiten, Bürger und Stadt, ist der Messenger-Dienst einfach zu bedienen. Er ist bürgerfreundlich weil sich Nachrichten in kurzer Zeit schreiben und beantworten lassen, also eine Bürgersprechstunde der schnellen, unkomplizierten Wege.

In den letzten Monaten hatte ich Anfragen anderer Städte, denen ich ausnahmsweise das neue Instrument uneingeschränkt empfahl. Die Bilanz fällt nach mittlerweile einem Jahr rundum positiv aus.

Margret Mergen
Oberbürgermeisterin der Stadt Baden-Baden

Details und weitere Informationen finden Sie im Internet unter <https://www.baden-baden.de/buergerservice/service/online-service/whatsapp-sprechstunde/>.

Das Digitale Kunst- und Kulturarchiv Düsseldorf – d:kult

Von Gisela Schulte-Dornberg

Die Landeshauptstadt Düsseldorf hat sich bereits früh der Aufgabe der digitalen Museumsdokumentation gestellt. Anfang der 2000er Jahre machten sich verschiedene städtische Düsseldorfer Kulturinstitute für eine einheitliche und zeitgemäße Lösung der digitalen Museumsdokumentation in Düsseldorf stark. Das Ergebnis ist d:kult – das Digitale Kunst – und Kulturarchiv Düsseldorf. Im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung wurde 2004 die Entscheidung für die Software The Museum System (TMS) der Firma Gallery Systems getroffen. Diese hat sich in Düsseldorf aufgrund der flexiblen Möglichkeiten zur Abbildung unterschiedlichster Sammlungen und Museumsobjekte bis heute bewährt. Inzwischen ist d:kult vom Projekt zur anerkannten Daueraufgabe in der Landeshauptstadt Düsseldorf (LHD) geworden.

Ziel des d:kult Verbundes ist es, die städtischen Sammlungen und ihre Objekte mit Hilfe eines digitalen Museumsmanagementsystems zu erschließen, zu dokumentieren und im Internet zu präsentieren. Darüber hinaus werden Verwaltungsvorgänge im Museum wie Ausstellungen, Eingangsverwaltung, Restaurierungsmaßnahmen und Provenienzforschung digital unterstützt und dokumentiert. Am d:kult-Verbund nehmen die städtischen Düsseldorfer Kulturinstitute teil, dazu kommen die Stiftungen, an denen die Landeshauptstadt Düsseldorf beteiligt ist.

Partner im d:kult-Verbund sind heute das Heinrich-Heine-Institut, das Hetjens-Museum/Deutsches Keramikmuseum, das Filmmuseum Düsseldorf, das Goethe-Museum Düsseldorf, die Mahn- und Gedenkstätte, das Stadtmuseum Düsseldorf, das Schifffahrt-Museum Düsseldorf, das Theatermuseum Düsseldorf, die Stiftung Museum Kunstpalast, die Stiftung Schloß und Park Benrath, die Zero Foundation, das IMAI Institut und das Digitale Cranach Archiv. Der Aquazoo/Löbbecke-Museum und das Naturkundemuseum Benrath sind die beiden naturkundlichen Museen im Verbund. Übergreifend für alle Kulturinstitute arbeitet das Restaurierungszentrum der Landeshauptstadt Düsseldorf. Mit dem Stadtarchiv Düsseldorf besteht eine punktuelle Kooperation. Als weiteres städtisches Amt gehört das Kulturamt der Landeshauptstadt

Düsseldorf unter anderem mit der Kunst im öffentlichen Raum dazu.

D:kult ist im Kulturamt der Landeshauptstadt Düsseldorf angesiedelt. Das d:kult-Team mit vier Stellen sorgt seit 2008 für den reibungslosen Ablauf und die Administration des Verfahrens, berät in Fragen der Museumsdokumentation und bei Standards für Dokumentation und digitale Medien, führt Datenimporte durch, richtet Datenexporte ein, betreut das Online-Portal und vieles mehr. Für die Eingaben der Sammlungen in die Museumsdatenbank sind die beteiligten Kulturinstitute selbst verantwortlich. Rund 120 Benutzerinnen und Benutzer arbeiten derzeit in d:kult.

So vielfältig wie die beteiligten Kulturinstitute sind die Sammlungsobjekte, die zu dokumentieren sind. Institutsübergreifend sind es mehrere zehntausend Kunstwerke, mehr als 100.000 grafische Werke, kunstgewerbliche Objekte und Designobjekte, mehr als eine Million Schriftstücke und weitere Archivalien, mehr als eine Million künstlerische und historische Fotografien und historische Alltagsobjekte sowie zahlreiche Objekte aus der Stadtgeschichte. Im naturkundlichen Bereich handelt es sich unter anderem um umfangreiche und wissenschaftlich bedeutende Sammlungen von Insekten und Mollusken. Die Sammlungen wachsen laufend weiter. Umfangreiche Altbestände warten auf die erstmalige digitale Dokumentation und/oder Überarbeitung. Das ist nicht im Tagesgeschäft der Museen zu bewältigen, sondern erfordert zusätzliche Ressourcen.

Nicht jedes Objekt muss einzeln dokumentiert werden. In manchen Fällen werden Objekte in größeren Einheiten zusammengefasst. Dann erfolgt die Dokumentation auf der Ebene von Konvoluten, wie zum Beispiel eines Ankaufs oder Nachlasses. Bei Bedarf wird die Erschließung später vertieft. Bis zu welchem Detailgrad dokumentiert wird, liegt in der Entscheidung der Kulturinstitute. Grundlage dafür sind wissenschaftliche oder andere Erfordernisse. Das können zum Beispiel konservatorische Gründe sein, die aktuelle Provenienzforschung, Leihgaben, Ausstellungen und vieles mehr.

In der gemeinsamen internen Museumsdatenbank sind aktuell (Februar 2019) rund 530.000 Sammlungsobjekte erfasst. Dazu kommen knapp 260.000 „virtuelle“ Objekte. Darunter sind Datensätze zur Beschreibung immaterieller Sammlungsobjekte zu verstehen, zum Beispiel eine Theaterinszenierung, eine Filmproduktion oder ein Taxon in der Naturkunde. In der Datenbank sind weitere Informationen gespeichert, die den Kontext der Sammlungsobjekte dokumentieren. Dazu gehören derzeit rund 165.000 Datensätze zu Personen und Institutionen, die mit den Sammlungsobjekten in Verbindung stehen, sei es als KünstlerIn, SammlerIn, Leihgeber oder RestauratorIn, außerdem 57.000 Dokumente zur Restaurierung, fast 23.000 Fundorte und rund 240.000 digitale Medien, Informationen zu Ausstellungen und weiteres mehr.

Insbesondere die Zahl der digitalen Medien wächst rasant und umfasst außer Bilddateien auch audiovisuelles Material. Ein ausgefeiltes Rechtekonzept sorgt dafür, dass sensible Daten in der Museumsdatenbank nur für die zuständigen MitarbeiterInnen sichtbar sind und nur von ihnen bearbeitet werden können.

Zur internen Museumsdatenbank gehört im Internet das Kulturportal d:kult online. Dort werden der Öffentlichkeit diejenigen Werke und Objekte aus der d:kult-Museumsdatenbank präsentiert, die von den beteiligten Kulturinstituten zur Veröffentlichung frei gegeben sind. Ein Kennzeichen in der Museumsdatenbank steuert, ob ein Sammlungsobjekt in d:kult online und zusätzlich in der Deutschen Digitalen Bibliothek und weiteren Kulturportalen für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Ein Sammlungsobjekt wird nur einmal in der Museumsdatenbank zentral erfasst, danach stehen die Daten für die weitere interne Nutzung und bei Freigabe auch für die externe Präsentation zur Verfügung. Aktualisierungen in der internen Museumsdatenbank werden regelmäßig an d:kult online weiter gegeben. Hier werden inzwischen (Februar 2019) rund 150.000 Sammlungsobjekte gezeigt, verbunden mit 55.000 Personen und Institutionen sowie rund 42.000 digitalen Medien.

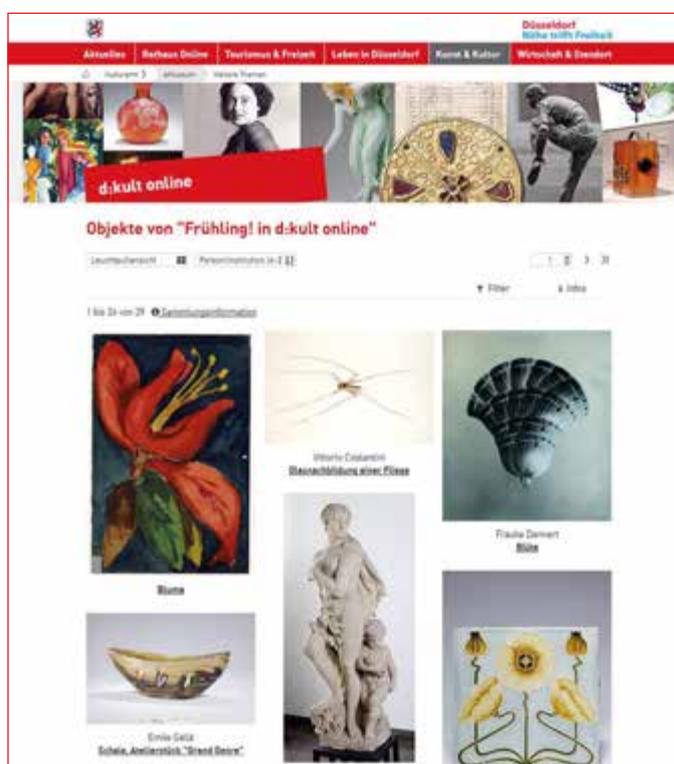
d:kult online ermöglicht den Düsseldorfer Kulturinstituten eine digitale Zusammenschau ihrer Bestände, unabhängig von der Herkunft aus einem Archiv, einem Museum oder einem städtischen Amt. Aktuell zeigen hier acht Kulturinstitute aus dem d:kult-Verbund Objekte aus ihren Sammlungen. d:kult online ist in

die Website der Landeshauptstadt Düsseldorf eingebettet und an das Corporate Design angepasst.

Die Digitalisierung des Kulturerbes macht die Bewahrung der Originale in keiner Weise überflüssig. Sie kommt vielmehr als zusätzlicher Prozess zum Erhalt der Kulturobjekte und zu den etablierten Museumsabläufen dazu. Der Aufwand lohnt sich jedoch: Digitalisierung und Präsentation im Internet machen die Düsseldorfer Sammlungen der Öffentlichkeit in weit- aus höherem Maße zugänglich, als das bisher möglich war.

D:kult wurde 2008 vom Deutschen Städtetag als Gründungsmitglied in das Kompetenznetzwerk der Deutschen Digitalen Bibliothek (DDB) entsandt und war und ist an Aufbau und Weiterentwicklung der DDB, dem zentralen bundesweiten Kulturportal, beteiligt. Bislang ist die LHD Düsseldorf die einzige Kommune in diesem Gremium und die einzige Institution aus NRW. Weitere Infos: <https://www.duesseldorf.de/kulturamt/dkult.html>.

Gisela Schulte-Dornberg
Kulturamt der Landeshauptstadt Düsseldorf



d:kult steht für das Digitale Kunst- und Kulturarchiv Düsseldorf.
Foto: Gisela Schulte-Dornberg

Deutscher Spielraum-Preis 2019 mit „Raum für Bewegung“

In Zusammenarbeit mit der der Ständigen Konferenz der Gartenamtsleiter beim Deutschen Städtetag (GALK) und dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) lobt die Stadt und Raum Messe und Medien GmbH den Deutschen Spielraum-Preis 2019 aus. Der mit Sachpreisen im Wert von zirka 21.000 Euro dotierte Preis behandelt in diesem Jahr das Thema „Raum für Bewegung“. Gesucht werden Projekte, die im urbanen Raum und im Wohnumfeld Areale und Bewegungsflächen mit Anreizen für Spiele und Bewegung bieten. Sie sollen öffentlich, für jedermann und zu (fast) jeder Zeit zugänglich sein und Bewegungsaktivitäten eines Einzelnen oder einer Gruppe ermöglichen. Ausgeschlossen sind klassische, „geschlossene“ Vereinssportanlagen.

Für die Jury interessant sind vor allem Planungen, die über den Einsatz isoliert eingesetzter, konkreter „Bewegungsgeräte“ hinausreichen sowie Orte, an denen man auf den ersten Blick nicht mit einer Nutzung als „Raum für Bewegung“ denken würde. Zugehört zum Wettbewerb sind öffentliche Anlagen, die am oder nach dem 1. Juli 2013 neu eröffnet, oder in wesentlichen Bereichen verändert, um- oder neugestaltet wurden. Einsendeschluss für die Bewerbung ist der 6. September 2019.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter http://www.fachmesse-stadt-und-raum.de/Auslobung_DSP%202019.pdf.

Schnellbus-System und integriertes Verkehrskonzept für Ludwigsburg

Die Stadt Ludwigsburg plant ein BRT-System („Bus Rapid Transit“, englisch für Schnellbus-System). Als erste Stadt in Deutschland hat Ludwigsburg dafür einen Antrag auf Programmaufnahme in das Landesgemeinerverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) gestellt.

Dies ist die entscheidende Vorstufe, damit das BRT-Netz durch das Land Baden-Württemberg gefördert werden kann. Dafür haben die städtischen Verkehrsplaner ein integriertes Verkehrskonzept entwickelt. Das Konzept sieht zeitnahe Verbesserungen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) vor, in Kombination mit einem Ausbau der Rad-Infrastruktur. Geplant ist

ein elf Kilometer langes, integriertes Verkehrssystem. Es betrifft die verkehrsstärkste Achse in Ludwigsburg: Im Osten der Stadt überwiegen die Wohngebiete, im Westen die Arbeitsplätze. Dort soll das BRT-/Bus-Netz zusätzlich schnelle Verbindungen in die Region ermöglichen. Um am Stau vorbeizukommen, fahren BRT-Busse größtenteils auf eigenen Spuren und werden an Ampeln konsequent bevorrechtigt.

Genutzt werden sollen Fahrzeuge mit einem umweltschonenden Elektroantrieb, aber ohne Oberleitungen. Die Haltestellen sind durchweg barrierefrei geplant mit digitalen Fahrgastinformationsanzeigern, Text-to-Speech-Tastern zur Sprachausgabe von Texten und mit Leiteinrichtungen für Menschen mit Behinderungen. Außerdem wird für einen Großteil der Strecke auch eine neue Infrastruktur für Radfahrende entwickelt.

Leitfaden gibt Kommunen Tipps für den Umgang mit dem Reizthema „Parken“

In vielen Städten ist Parken eines der umstrittensten Themen der Verkehrspolitik. Steigende Einwohner- und Pkw-Zahlen lassen den Platz knapp werden. Der Wirtschaftsverkehr verschärft das Problem. Handlungsbedarf erzeugen auch die Klimaschutzziele und Vorgaben zur Luftreinhaltung. Ein generelles Umsteuern ist daher notwendig. Reduktion und Bewirtschaftung von Parkraum sind hierbei zentrale Instrumente.

Als gängige Einwände gegen ein solches Parkraummanagement hört man oft: „Parkgebühren sind Abzocke – Parkgebühren sind sozial ungerecht – Irgendwo müssen die Autos ja hin – Mich kommt keiner mehr besuchen – Als Pendlerin bin ich auf das Auto angewiesen – Ohne Parkplätze kann ich mein Geschäft schließen ...“. Ein neuer Leitfaden greift diese Einwände auf und gibt Kommunen Tipps für den kommunikativen und verwaltungspraktischen Umgang mit dem Thema. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat den Leitfaden zusammen mit der Agentur tippingpoints im Auftrag von Agora Verkehrswende erarbeitet. Juristische Beratung steuerte die Berliner Anwaltskanzlei Becker Büttner Held bei. Darüber hinaus wurden vielfältige Erfahrungen aus Kommunalpolitik und -verwaltung mit einbezogen.

Der Leitfaden enthält zahlreiche Abbildungen und kann kostenfrei online abgerufen bzw. bestellt werden unter www.difu.de/12436.

Baden-Württemberg überprüft Maßnahmen zur Luftreinhaltung

In Baden-Württembergs Landeshauptstadt hat das Regierungspräsidium Stuttgart in Zusammenarbeit mit dem Verkehrsministerium geprüft, ob eine extra Busspur an der vielbefahrenen Straße B14 am Neckartor die Schadstoffbelastung in der Luft senken kann. Ein in Auftrag gegebenes Gutachten kommt nun zu dem Schluss, dass die Errichtung einer Busspur dazu beitragen kann, die Schadstoffbelastung für die Anwohnerinnen und Anwohner zu senken. Laut dem Gutachten geht die Immissionsbelastung vor allem deshalb zurück, weil nach Einrichtung der Busspur voraussichtlich weniger Autos am Neckartor vorbeifahren werden. Besonders stark würden die Werte dabei mit mehr als zehn Prozent vor der Wohnbebauung sinken, also dort wo die schützenswerte Bevölkerung lebt. Die Gutachter errechneten selbst an der Messstelle, die vor dem Amtsgericht platziert ist, einen deutlichen Rückgang von drei bis vier Prozent. Das Gutachten ist im Internet abrufbar unter https://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mvi/intern/Dateien/PDF/Umweltzone/190212_Gutachten_Busspur_B14_RP.pdf.

Stuttgarter Gemeinderat will Bürger zum Wählen bewegen

Unter dem Motto „Meine Stimme für Stuttgart“ startet ab Anfang März in Stuttgart eine Informationskampagne zur Gemeinderatswahl in der Landeshauptstadt. Ziel des Gemeinderats ist dabei, die Kommunalwahl wieder stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Seit der Wahl 1999 ist liegt die Wahlbeteiligung immer unter 50 Prozent und war bei der Gemeinderatswahl 2014 mit 46,6 Prozent so niedrig wie nie zuvor seit 1946.

Um mehr Bürger davon zu überzeugen zur Wahlurne zu gehen, bedient sich die Stadt verschiedener Mittel. Im gesamten Stadtgebiet hängen deshalb Plakate und in zahlreichen Gastronomiebetrieben gibt es kostenlose Postkarten, die auf das Thema aufmerksam machen. Auf der neuen Website www.meine-stimme-fuer-stuttgart.de sowie verschiedenen Kanälen der Sozialen Medien tritt die Kampagne ebenfalls auf. Außerdem soll ein vollelektrisch betriebenes Infomobil im Mai die Stadtteile anfahren. Ein Höhepunkt ist der „Stuttgart-Tag“ am 11. Mai auf dem Marktplatz vor dem Rathaus. Die Stadt achtet bei dieser Kampagne auf strikte parteipolitische Neutralität.

2. OBM-Strategieforum präsentierte digitale Lösungen

Neue Perspektiven auf die Stadt der Zukunft versprach das 2. OBM-Strategieforum am 14. März in Berlin. Eröffnet wurde die Veranstaltung von Städtetagspräsident, Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster. Thematisch im Fokus standen unter

anderem Smart-City-Lösungen, die digitale Verwaltung und weitere digitale Innovationen – aber auch die Frage des Vertrauens im digitalen Zeitalter. Mehr zur Veranstaltung finden Sie unter www.obm-zeitung.de.



Podiumsdiskussion beim 2. OBM-Strategieforum zum Thema digitale Lösungen als Schlüssel für nachhaltige Mobilität (v.l.n.r.): Martin G. Kaufmann, Oberbürgermeister von Leonberg; Gunter Czisch, Oberbürgermeister von Ulm; Markus Lewe, Oberbürgermeister von Münster; Vanessa Wilke, Chefredakteurin OBM; Prof. Dr. Michael Ortgiess, Professor für Verkehrswesen; Vizepräsident für Forschung und Transfer, Fachhochschule Potsdam.

Foto: ©Frank Hoffmann-fm fotodesign A. Varnhorn/fbm

Bundesumweltministerium gibt mehr Geld für Elektrobusse

Das Bundesumweltministerium (BMU) stockt die Förderung von Elektrobussen im ÖPNV in Städten auf, die den Jahresmittelgrenzwert für Stickstoffdioxid überschreiten. 180 Millionen Euro sollen für das Vorhaben nun zusätzlich zur Verfügung stehen. So stehen jetzt für die kommenden Jahre bis 2022 insgesamt rund 300 Millionen Euro zur Verfügung. Durch diese weiteren Mittel können zudem auch Verkehrsunternehmen aus anderen Städten gefördert werden. Der derzeitige Bestand an Elektrobussen könne so voraussichtlich mindestens verfünffacht werden. Bisher wurden elf Projekte in den Städten Aachen, Berlin, Bochum/Gelsenkirchen, Darmstadt, Duisburg, Hannover, Kiel, Leipzig, Offenbach am Main, Osnabrück und Wiesbaden zur Förderung ausgewählt.

Die Förderung umfasst Projekte, in denen mehr als fünf Busse beschafft werden, sowie Verbundvorhaben. Von den Mehrkosten, die bei Batteriebusen gegenüber Dieselbussen anfallen, werden bis zu 80 Prozent durch den Bund übernommen. Von den entsprechenden Mehrkosten bei der Anschaffung von Plug-In-Hybrid-Bussen sowie den Kosten für die Ladeinfrastruktur und weiteren Aufwendungen (zum Beispiel Schulungen für Mitarbeiter, Werkstatteinrichtungen) werden 40 Prozent vom Bund getragen.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter <https://www.bmu.de/pressemitteilung/bundesumweltministerium-erhoehrt-foerderung-von-elektrobussen-auf-fast-300-millionen-euro/>.

Deutscher Fachkongress kommunales Energiemanagement tagt in Wiesbaden

Die Bedeutung eines systematischen Energie- und Klimaschutzmanagements wächst ständig. Gründe dafür sind knapper werdende Ressourcen und sich verstärkende Anzeichen des Klimawandels. Viele Kommunen sind hier bereits gut aufgestellt und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der notwendigen Energiewende. Der diesjährige Kongress widmet sich daher aktuellen kommunalen Maßnahmen, wie beispielsweise dem Einsatz von Energiekonzepten, die über die Bauleitplanung bis zum Bauprojekt reichen. Im Fokus stehen ebenfalls die Bedeutung und Möglichkeiten der energetischen Sanierung und des Energiemanagements auf Stadt- und Quartiers-ebene sowie Fragen nach einer nachhaltigen Energienutzung im Denkmal. Zusätzlich werden 16 Workshops zu vier Themenschwerpunkten angeboten: Energie im Gebäudemanagement, Energieeffizienz, Erneuerbare Energien sowie Kommunikation – Motivation – Partizipation. Veranstalter sind das Deutsche Institut für Urbanistik gemeinsam mit der Landeshauptstadt Wiesbaden als Gastgeberin. Kooperationspartner sind der Arbeitskreis „Energiemanagement“ des Deutschen Städtetages, der Deutsche Städtetag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund und der Deutsche Landkreistag. Das Programm richtet sich an Fachpersonal aus den Bereichen Energiemanagement, Klimaschutz, Gebäudewirtschaft, Hochbau sowie Energiebeauftragte und Klimaschutzmanager/innen aus Städten, Gemeinden, Kreisen und kommunalen Unternehmen sowie Ratsmitglieder. Weitere Infos unter www.difu.de/12301.

Personalien

Neu im Amt



Reutlingen: **Thomas Keck** wurde zum neuen Oberbürgermeister der Stadt Reutlingen gewählt. Er tritt sein Amt am 3. April 2019 an. Der Sozialdemokrat folgt auf die langjährige Oberbürgermeisterin Barbara Bosch, die nach 16 Jahren an der Spitze der Stadt nicht

mehr zur Wahl antrat. Seit 2014 ist Barbara Bosch außerdem erste Stellvertreterin der Präsidentin bzw. des Präsidenten des Deutschen Städtetages. Im Präsidium des Deutschen Städtetages engagiert sie sich seit 2013 und im Hauptausschuss seit 2010. Von 2011 bis 2017 war sie zudem Präsidentin des baden-württembergischen Städtetages.

Foto: Lars Kehrel.

Für die Gemein- schaft da, hier und dort.

Die
Menschen
in unserem
Land können viel
mehr, als
sie manchmal
glauben. Das wird
besonders
deutlich, wenn sich viele
zusammentun, um für eine Sache einzustehen.

Dann stehen die Chancen gleich viel besser. Mindestens
doppelt, manchmal sogar 82 Millionen Mal so gut. Deshalb gehen wir
auch nicht zu weit, wenn wir behaupten: Kein Schritt ist zu groß, wenn
ihn alle **gemeinsam** gehen. Mit dem Mut, Neues zu wagen, und
dem Willen, Großes zu leisten, läuft einfach alles. Das erleben wir
Tag für Tag als Sparkassen-Gruppe, die für rund 50 Millionen Kunden
da ist. Und da und da: Überall im Land packen wir gern mit an. So
stehen wir rund zweieinhalb Millionen **Mittelständlern** zur Seite.
Und helfen ihnen dabei, nicht nur so mittel, sondern spitze zu sein. Und
weil selbst der einen Partner braucht, der sein eigenes Ding machen will,
begleiten wir jährlich gut 10.000 **Existenzgründer** in die Zukunft.

Auf die Zukunft ist auch die **Wirtschaft** in unseren Regionen vorbereitet,
weshalb der Wirtschaftsmotor auch morgen und übermorgen brummen wird. Dafür
engagieren wir uns in den hintersten und vordersten Winkeln des Landes, die wir
wie kein Zweiter kennen. Schließlich arbeiten und leben wir dort selbst. Und weil unser
Leben nicht nur Arbeit, Arbeit, Arbeit, sondern auch Freude, Glück und füreinander
da sein bedeutet, unterstützen wir mit rund 750 regionalen **Stiftungen**
Kunst, Kultur und Soziales. Auch da, wo längst nicht alle hinschauen und
andere sich lange verabschiedet haben. Für uns hingegen gab
es nie einen Grund, klein beizugeben. Sondern groß! Dafür
sorgen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich mit
Leidenschaft für die **Gemeinschaft** einsetzen. Und mit
rund **450 Millionen Euro** pro Jahr setzen wir da
gern noch einen drauf. All das tun wir nicht, weil es sich gut im
Geschäftsbericht macht. Wir tun es aus **Überzeugung**.

Seit unserer Gründung vor über 200 Jahren bestärken wir
alle Menschen, als Teil einer starken Gemeinschaft über sich
hinauszuwachsen. Denn viel wichtiger als Rekordüberschüsse
sind uns Gemeinschaftsrekorde. Mit uns als Förderer
verwandeln zehntausende **Vereine** große Ziele nicht
selten in noch größere Pokale. Was uns all das bringt?

Nach vorn! Und auf Lösungen für all die kleinen und großen
Herausforderungen, die Digitalisierung und Globalisierung mit
sich bringen. Denn nur gemeinsam sind wir allem gewachsen.
Erleben auch Sie, wie sinnvoll Gemeinschaftssinn sein kann –
vor Ort, Stadt, Kiez und Dorf. Und vor dem Bildschirm:

www.gemeinsamallemgewachsen.de

TEAM



Top Partner

#GemeinsamAllemGewachsen



Verkehr

6. Fachkonferenz „Elektromobilität vor Ort“

26. bis 27. März 2019 in Stuttgart

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de/veranstaltungen

Verwaltung

Hamburger Finanztage

Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg lädt ein zur 7. Fachtagung „Über Transparenz zu besserer Steuerung?“
16. bis 17. Mai 2019 in Hamburg

Weitere Informationen unter www.hamburger-finanztage.de

7. Zukunftskongress Staat & Verwaltung

Leitveranstaltung des öffentlichen Sektors zum digitalen Wandel
27. bis 29. Mai 2019 in Berlin

Weitere Informationen unter www.zukunftskongress.info

Wohnungsbau

Neue Wohnungsfrage: Wohnbauen in Klein- und Mittelstädten

Internationale Städtetagung 2019 des Forums Stadt –
Netzwerk historischer Städte
23. bis 25. Mai 2019 in Nürtingen

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de/veranstaltungen

Soziales

Tag der Nachbarn 2019

Aktionstag für kleine und große Nachbarschaftsfeste
24. Mai 2019 bundesweit

Weitere Informationen unter <http://t1p.de/Info-Tag-der-Nachbarn>

ISSN: 2193-5491

Berlin/Köln, März 2019

Herausgeber: Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin, Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18–32, 50670 Köln, Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de, Internet: www.staedtetag.de, [@staedtetag](https://twitter.com/staedtetag)

Geschäftsführendes Präsidialmitglied Helmut Dedy

Verantwortlich: Volker Bästlein, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Uwe Schippmann

Gestaltung: Elke Postler Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs, Medeya Kommunikation, Bad Honnef,

Telefon: 02224/1874-510, Fax: 02224/1874-495, E-Mail: diederichs@medeya.de